

## PRÄSENTATION SOLIDARITY CITIES

### Folie 1

Es wäre schön, wenn ein solches Schild demnächst auch an der Stadtgrenze von ..... hängen würde.

Sanctuary City, Solidarity City, City of Refuge, Zufluchtsstadt – sie alle kreisen um einen gemeinsamen Nenner: alle Menschen, die in einer Stadt wohnen, werden als gleichberechtigte Bürger\*innen dieser Stadt behandelt, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Ich möchte in dieser Präsentation darlegen, warum wir allerdings nicht mehr von Städten der Zuflucht sprechen wollen, sondern von Solidarity Cities, von Städten der Solidarität.

### Folie 2

Budapest September 2015: March of Hope

Erinnern wir uns an das Jahr 2015, an den sog. SOMMER DER MIGRATIONEN. Damals gab es einen Aufbruch der Hoffnung und des Willkommens. Hier sehen wir Flüchtlinge aus Syrien, die in Budapest gestrandet waren und am 04. September zu Fuß in Richtung Deutschland und Nordeuropa aufbrachen. Sie wurden in Wien und in München von einer Menschenkette empfangen, die applaudierte und die Lebensmittel, Kleidung und Spielzeug für die Kinder überbrachte.

### Folie 3

„Es wird nicht ohne furchtbare Bilder gehen“ - dieser Satz stammt von dem österreichischen Außenminister Kurz und er meinte damit die Schließung der Balkanroute. Die Balkanroute beherrscht zwar nicht mehr die Schlagzeilen, aber es gibt sie noch. Es ist eine Route der Ausgebremsten, die mit jedem Tag verzweifelter werden. Viele sind gestrandet, wie hier in Belgrad, wo hinter dem Busbahnhof ca. 1.000 Migrant\*innen vorwiegend aus Afghanistan und Pakistan zu überwintern versuchen. Sie haben Angst, sich registrieren zu lassen. Ob sie es je nach Ungarn oder Kroatien und weiter nach Deutschland schaffen, ist ungewiss. „Die Regierung und das UNO-Kommissariat für Flüchtlinge haben sich für die Taktik der Erschöpfung entschieden“, schrieb das serbische Nachrichtenmagazin *Vreme*. „Sie haben den Plan, ihnen den Aufenthalt so schwer wie möglich zu machen, damit sie verschwinden“. Bilder wie diese gibt es aus Sofia, aus Skopje und vor allem aus Griechenland, das die EU zum größten Flüchtlingslager des Kontinents gemacht hat.

### Folie 4

Das Klima hat sich gewandelt. Trump will in Mexico eine Mauer bauen, beschließt ein Einreiseverbot für Menschen aus sechs überwiegend muslimischen Ländern, droht damit, verstärkt Menschen ohne Papiere abzuschieben und hat Städten den Kampf angesagt, die sich weigern, aktiv gegen papierlose Migrant\*innen vorzugehen oder sie in Abschiebehaft zu nehmen.

### Folie 5

In den USA gibt es breiten Widerstand gegen Reisebeschränkungen und Ausweisungen. Die Sanctuary Cities verteidigen sich.

### Folie 6

Die europäische Mauer ist das Mittelmeer. Nachdem die Grenzen entlang der Balkanroute gesichert werden, ist die Anzahl der Passagen über das zentrale Mittelmeer von Libyen nach Italien deutlich gestiegen. Die Zahl derer, die dabei ertrinken, weil es keine legalen Wege nach Europa gibt, übertrifft die Toten an der Grenze zwischen Mexiko und den USA bei weitem.

### Folie 7

Auch in Deutschland hat sich das Klima gewandelt. Um die Willkommenskultur ist es still geworden.

Stattdessen sorgen Identitäre, Pegida und AfD für Schlagzeilen. Ihre rassistischen Vorstellungen dominieren den öffentlichen Diskurs. Im Wahlkampf hat die AfD die Parteien vor sich her getrieben.

#### Folie 8

Stichwort Obergrenzen

#### Folie 9

Eine Asylrechtsverschärfung jagt die nächste. Das Recht auf Familiennachzug wird eingeschränkt, unfaire Schnellverfahren werden eingeführt, Flüchtlinge bekommen Wohnsitzauflagen oder werden in Sammelunterkünften – wie hier im Hangar des Berliner Flughafens Tempelhof - untergebracht, auch kranke Menschen sollen künftig abgeschoben werden können. Die Beschneidung der Flüchtlingsrechte zielt auf Abschreckung und Ausgrenzung.

#### Folie 10

Afghanistan wurde als ‚sicherer Drittstaat‘ eingestuft, der erste ‚Charter der Schande‘ startete im Dezember 2016. Im Februar 2017 schließen Afghanistan und die Europäische Union ein Kooperationsabkommen.

#### Folie 11

Auf einem Gipfeltreffen zwischen Bund und Ländern wird die schnellere Rückführung abgelehnter Asylbewerber beschlossen. Außerdem soll die Dublin-Verordnung wieder in Kraft gesetzt werden, die Aussetzung der Rückschiebungen nach Griechenland wird aufgehoben. Seit Dezember lockt De Maiziere mit einer Erhöhung der Prämien für eine freiwillige Rückkehr nach dem Motto ‚[Geld statt Asyl](#)‘.

#### Folie 12

Die McKinsey Studie, im Auftrag der Bundesregierung erstellt, spricht von 570.000 Ausreisepflichtigen. Die Menschen werden sich der Deportation entziehen. „Die meisten Afghanen tauchen kurz vor der Abschiebung unter“, titelte WELT Anfang Dezember. Wir müssen damit rechnen, dass wir in der kommenden Zeit immer mehr Menschen unter uns haben ohne Status, ohne Einkommen und ohne Papiere.

#### Folie 13

Schon bei den ersten Abschiebetransporten konnten sich viele Menschen vor der Deportation in Sicherheit bringen. Und es gibt einen breiten Widerstand. Das bayrische Innenministerium beklagt, dass der ‚sogenannte‘ Flüchtlingsrat versucht, Abschiebungen zu verhindern, indem er Termine für geplante Transporte bekannt macht und Tipps zum Untertauchen gibt. Durch gemeinsame Aktivitäten mit Geflüchteten haben viele Einblick in die Unzulänglichkeiten des europäischen Asylsystems bekommen und sind nicht mehr gewillt, dem achselzuckend zuzusehen. An den Flughäfen häufen sich die Proteste, deutsche Piloten haben über 200 Flüge ausfallen lassen, weil sie sich geweigert haben, an der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber mitzuwirken.

#### Folie 14

Das ist das Wichtigste, was wir dem Neonationalismus und den Panikreaktionen auf die Zuwanderung entgegenhalten können: ein positives Bild von Städten, in denen die Menschen solidarisch zusammen leben. Dabei ist die Hälfte der Bevölkerung potentiell auf unserer Seite. Gruppen, die im Sommer der Migrationen auf der Balkanroute aktiv waren, wollen nicht zulassen, wie Menschen, denen sie geholfen haben, heute das Land wieder verlassen müssen. Viele, die in der *Willkommenskultur* aktiv waren, wollen nicht tatenlos zusehen, wie nunmehr eine *Abschiebekultur* um sich greift. Dass die politische Rechte sichtbar geworden ist, bedeutet nicht, dass die Bürgerbewegung tot ist. Meinungsumfragen wie die der Friedrich Ebert Stiftung zeigen vielmehr übereinstimmend, dass die Einstellungen in der Bevölkerung bemerkenswert stabil sind. Die

Initiative zu einer solidarischen Stadt hätte den Charme, dass die Willkommenskultur in neue Dimensionen verlängert werden könnte: zugleich in die Dimension der Unterstützung von Sans Papiers wie auch grundsätzlicher als Frage ‚In welcher Gesellschaft wollen wir leben?‘

#### Folie 15

Das Leben in der Stadt wird sich verändern, Zunehmend mehr Menschen leben in der Grauzone. Entweder es entstehen Zonen des Elends ... oder es entstehen solidarische Räume.

John Holloway, *Living in the Cracks of Capitalism*

#### Folie 16

Paris 2017: Drei Jahrzehnte nach Auflösung der Bidonvilles gibt es in Frankreich mehr als 500 Bidonvilles. In der italienischen Stadt Gorizia an der Grenze zu Slowenien leben seit ein paar Monaten Hunderte von Migranten in einem Tunnel im Zentrum der Stadt.

#### Folie 17

Dies ist das Logo der Bewegung für eine Solidarische Stadt in Toronto. In mancher Hinsicht ist Toronto für uns ein wichtiger Bezugspunkt, und ich werde gleich erklären, warum.

#### Folie 18

Die Geschichte der Sanctuary Cities in den USA geht zurück auf das Sanctuary Movement in Zeiten der Reagan-Administration. Die US-Regierung betrieb in den 1980er Jahren Kriegspolitik in Zentralamerika und gewährte denjenigen, die vor diesem Krieg flohen, kein Asyl. Es waren zuerst Christen verschiedener Couleur, die den Migrant\_innen aus Honduras, Guatemala oder El Salvador Kirchenasyl gewährten. Sie bezogen sich dabei auf eine Tradition, die von der Underground Railway, also der Unterstützung fliehender schwarzer Sklaven Mitte des 19. Jahrhunderts, bis zum Schutz für desertierende Soldaten während des Vietnam-Kriegs reichte.

#### Folie 19

Von diesem Kirchenasyl in den 1980er Jahren leiten sich die Sanctuary Cities ab. Ein wichtiger Schritt war die symbolische City of Refugee Resolution in San Francisco 1985. Sie verbot den Gebrauch von städtischen Geldern und Ressourcen zur Kooperation mit ermittelnden und überwachenden Aktivitäten der Migrationsbehörden. In den USA gibt es eine Bundespolizei, die auch für die MIGRA zuständig ist – die Ausländerpolizei, die die Abschiebungen durchführt. Ansonsten ist dort Polizei Sache der Städte und der Counties. Die Stadtverwaltungen konnten also ihre Polizei und die Counties ihren Sheriff anweisen, die MIGRA nicht zu unterstützen und keine Personen nach ihren Papieren zu befragen. Zum Teil geschah das aus Gründen der Verbrechensbekämpfung: Damit die Migrant\*innen zu Zeugenaussagen bereit waren, mussten sie sicher sein, dass sie nicht anschließend ausgewiesen werden würden. Vor allem aber geschah es, weil sich die Bewohner\*innen einer Stadt gegenseitig schätzen gelernt hatten. Allein in New York gibt es eine halbe Millionen Menschen ohne Papiere.

#### Folie 20

In der Geschichte der Migrationen zwischen Mexiko und den USA ging es immer zuerst um billige Arbeit. Reagan und später Bush hatten nichts gegen illegale Migrant\*innen. Bau, Textil- und Fleischindustrie, Gastronomie, Hausbedienstete und vieles andere wären ohne die 11 Millionen Sans-Papier-Chicanos gar nicht denkbar. Allein in New York gibt es eine halbe Millionen Menschen ohne Papiere. Sanctuary Cities sind also Ergebnis vieler Kräfte: Die Stadtverwaltungen wollen ihre Arbeitsmärkte sichern, die Chicanos wollen Bleiberecht, die Unterstützer\*innen wollen lebenswertere Städte.

### Folie 21

2006 sollten Millionen Migrant\*innen ausgewiesen werden, ähnlich wie derzeit unter Trump. Als führendem Vertreter der Antimigrationsfraktion hatte Jim Sensenbrenner eine Gesetzesvorlage eingebracht. Die sah unter anderem vor, einen Grenzzaun mit einer Gesamtlänge von über 1100 Kilometern an der Grenze zwischen Arizona und Mexiko zu bauen, das Green-Card-Programm abzuschaffen, den bis dato als Bagatelldelikt eingestuften illegalen Grenzübertritt zu einem Verbrechen aufzuwerten und damit alle in den USA lebenden undokumentierten Einwanderer zu kriminalisieren und selbst diejenigen Amerikaner strafrechtlich zu verfolgen, die illegal eingewanderten Menschen in irgendeiner Form helfen. Millionen gingen auf die Straße, sie trugen amerikanische und mexikanische Fahnen und sangen Good Bless America. Sie fühlen sich als Amerikaner und Mexikaner. Ein „day without us“ ließ die Wirtschaft einknicken: der 1. Mai 2006 wurde zum „Tag ohne Migranten“ erklärt und alle Migrant\*innen waren aufgefordert, an diesem Tag nicht zu arbeiten und nicht am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Sensenbrenner Bill wurde nicht verabschiedet, weitere Städte erklärten sich zu Sanctuary Cities.

### Folie 22

Inzwischen gibt es in den USA 39 Städte, die sich als Sanctuary Cities bezeichnen, darunter LA, SF, Seattle, Denver, Dallas, Chicago, Detroit, NY, Washington.

### Folie 23

Außerdem gibt es zahlreiche Counties, besonders an der Westküste.

Die Ausbreitung der Sanctuary Cities und Counties hat auch [ökonomische Vorteile](#):

- There are, on average, 35.5 fewer crimes committed per 10,000 people in sanctuary counties compared to nonsanctuary counties.
- Median household annual income is, on average, \$4,353 higher in sanctuary counties compared to nonsanctuary counties.
- The poverty rate is 2.3 percent lower, on average, in sanctuary counties compared to nonsanctuary counties.
- Unemployment is, on average, 1.1 percent lower in sanctuary counties compared to nonsanctuary counties.
- While the results hold true across sanctuary jurisdictions, the sanctuary counties with the smallest populations see the most pronounced effects.

### Folie 24

Im Jahre 2007 gab es in der Geschichte der Sanctuary Cities einen gewaltigen Schritt vorwärts, in New Haven wurden zum ersten Mal City-ID-Cards ausgegeben an alle Personen, die in der Stadt wohnten, unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Seit 2015 gibt es die City ID Card auch in New York. Die Idee ist einfach. Alle, die einen Wohnsitz in New York haben, können den Ausweis beantragen. Ausgestellt wird er von der Stadtverwaltung. Der ausländerrechtliche Status spielt dabei keine Rolle und wird auf dem Ausweis auch nicht vermerkt. Obdachlose können eine Hilfsorganisation als Adresse angeben. Und wer die ID hat, gilt als Stadtbürger\*in von New York. In New York City wäre der neue Ausweis wohl kaum ohne die tatkräftige Unterstützung von Bürgermeister de Blasio eingeführt worden. Vor allem aber ist er das Ergebnis einer erfolgreichen Kampagne linker Bewegungen. Federführend dabei war eine der größten Nachbarschaftsorganisationen von New York: »Make the Road«. Die Organisation wurde 2007 als Zusammenschluss mehrerer kleinerer Gruppen gegründet und kämpft für die Rechte von Migrant\*innen. Mittlerweile hat sie fast 20 000 Mitglieder in der ganzen Stadt.

### Folie 25

Das ist die Liste der Städte, die bis 2015 eine City ID Card eingeführt hatten. San Francisco ist New Haven sofort gefolgt, inzwischen aber auch LA, Chicago, Detroit, NY, Washington. All diese Städte befinden sich derzeit im Konflikt mit der Trump-Administration, wie in den Zeitungen zu lesen war.

### Folie 26

Wir verlassen jetzt die USA und gehen nordwärts nach Kanada. Die erste Stadt in Kanada, die den Status einer Sanctuary City erreicht hat, ist Toronto. NOII hat dort, im Bündnis mit vielen anderen Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und staatlichen Institutionen etwas erreicht. Sie begannen 2004, für eine Solidarity City zu kämpfen, und im Jahre 2012 fasste endlich auch der Rat der Stadt seinen Beschluss, Toronto zur Sanctuary City zu erklären.

Wir hoffen, dass wir in Berlin, Leipzig, Osnabrück, Münster, Göttingen, Frankfurt, Freiburg, Bremen und in Halle nicht so lange brauchen werden, aber wir können aus diesen acht Jahren lernen, dass uns nichts in den Schoß gelegt wird und den Migrant\*innen schon gar nicht.

### Folie 27

Nathan Prier und Ayesha Basit aus Toronto haben das „Solidarity City Movement“ mit gegründet, das die erste Richtlinie Kanadas für die Errichtung einer städtischen Schutzzone durchsetzen konnte. Sie waren Anfang des Jahres in Deutschland und haben u.a. in Hamburg einen Workshop veranstaltet, an dem Lilli aus Leipzig teilgenommen hat. Sie wird davon berichten.

Weitere Informationen zu Toronto finden sich auf der Homepage von Toronto.NOII

### Folie 28

Dies sind die Kampagnen, die NOII-Toronto in diesen Jahren durchgeführt hat. Als erstes STOP POLICE SUPPORT, dann NO DEPORTATION, dann ging es um Schule, Wohnraum, Nahrungsmittel. Diese Reihenfolge ist, denken wir, auch für die hiesigen Verhältnisse von Bedeutung. Schutz vor Abschiebungen steht immer an erster Stelle.

### Folie 29

Ab 2012 gab es dann ein breites Bündnis, und jetzt waren die Kräfte beisammen, um auch Druck auf den City Council auszuüben. Das Bündnis bestand aus Bürgerinitiativen, Kirchen, Gewerkschaften, und natürlich auch radikalen Menschenrechter\*innen und Aktivist\*innen.

### Folie 30

Dies sind die Forderungen, auf die sich alle Gruppen und Institutionen geeinigt haben, die sich in Toronto an der Kampagne beteiligt haben.

### Folie 31

Sehr wichtig waren Kampagnen zur Unterstützung von Arbeiter\*innen in informellen Arbeitsverhältnissen – das bleibt auch wichtig, nachdem Toronto schon zur Sanctuary City geworden ist. Es gibt in Toronto ca. 200.000 illegale Arbeiter\*innen. Die meisten Sans Papiers sind Visa-Overstayers, die auf dem Arbeitsmarkt schutzlos ausgeliefert sind. Dazu kommen Menschen, denen das Bleiberecht entzogen wurde, und nicht anerkannte Geflüchtete.

### Folie 32

Diese Meldung bezieht sich auf die Entscheidung des City Council. Toronto ist jetzt Sanctuary City. Aktivist\_innen aus Toronto weisen allerdings auf den Unterschied hin zwischen den Sanctuary Cities, die in den USA nicht selten »von oben«, durch den Beschluss der Stadträte entstanden sind und der Solidarity City

Toronto, wie sie durch Grassroot Initiativen und Kampagnen »von unten« her realisiert wurden, bevor der Stadtrat schließlich seinen Segen gab.

### Folie 33

Wir verlassen jetzt den amerikanischen Kontinent und schauen uns kurz an, was sich in Europa tut, ehe wir uns Deutschland annähern. Sheffield ist bereits seit 2007 Sanctuary Cities und in allen größeren englischen und schottischen Städten gibt es derartige Initiativen. Lt. Jahresbericht 2016 gibt es mittlerweile in fast 80 Städten und Ortschaften Gruppen, die bereits etabliert sind oder gerade anfangen. Unlike in the USA, urban sanctuary initiatives in the UK do not focus on municipal policing practices or refusing to cooperate with national immigration authorities, and they do not seek ways to protect illegalized migrants and refugees from national immigration authorities. Sie richten sich weniger an Illegalisierte als an Personen, die auf ihren Asylentscheid warten und sich währenddessen in einem rechtlichen Niemandsland befinden.

### Folie 34

Ein Bild der Harmonie. Vielleicht könnte am englischen Beispiel der Gedanke aufkommen, dass sich eine Sanctuary City desto leichter realisieren ließen, je dichter die Außengrenzen abgeschottet sind. In Sheffield gibt es 1.000 Refugees, im gesamten vereinigten Königreich nicht einmal 20.000 Asylbewerber; wie wir wissen, sind die meisten in Calais stecken geblieben. Allein in Halle leben mehr als 4000 Geflüchtete.

### Folie 35

Interessanter für unsere Diskussion ist sicherlich ein Blick nach Italien, wo die Zuflucht über die zentrale Mittelmeerroute ungebrochen ist. Lokale Bündnisse zwischen Landarbeiter\*innen in Süditalien und den Migrant\*innen wären hier ein wichtiger Bezugspunkt ebenso wie die Willkommenskultur in vielen kleineren italienischen Städten und Dörfern. Im Februar hat der Bürgermeister der kleinen kalabrischen Gemeinde Riace den Dresdner Friedenspreis bekommen. Ein Drittel der Bewohner sind Flüchtlinge, die das Dorf vor dem Untergang gerettet haben.

### Folie 36

Für eine solidarische Stadt steht auch die Charta von Palermo, die der Bürgermeister der Hauptstadt Siziliens Leoluca Orlando mit verfasst und unterzeichnet hat. Sie ist ein Plädoyer für die weltweite Abschaffung von Aufenthaltsgenehmigungen und die Anerkennung der Freizügigkeit als Menschenrecht. „Jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben oder nicht sterben möchte, frei zu wählen“, heißt es in dem Text. Orlando ist davon überzeugt, dass der städtische Raum den Nationalstaat als wichtigsten Ort des Politischen längst abgelöst hat. Für ihn ist die Stadt ein Ort migrationspolitischer Erneuerungen, die es notfalls auch gegen zentralstaatliche Gesetze zu verteidigen gilt. In einem Interview sagt er: „Ich persönlich respektiere das Gesetz, aber mehr als das Gesetz: das Recht! An dem Tag, an dem ich festgenommen werde, weil ich einen papierlosen Einwanderer bei mir beherbergt habe, werde ich eine Strafe bekommen und diese akzeptieren. Und doch wird es der schönste Moment meines Lebens sein.“

### Folie 37

In eine ähnliche Kerbe schlägt die Bürgermeisterin von Barcelona Ada Colau, die schon kurz nach ihrer Wahl im September 2015 dazu aufgerufen hat, ein Netzwerk solidarischer Städte in Europa zu gründen. Barcelona wurde zur Refuge City erklärt und ein Mahnmahl für die toten Boat People errichtet. Im Juni 2016 organisierte die Stadt ein internationales Treffen von Kommunalpolitikern unter dem Titel ‚Fearless Cities‘ und Anfang dieses Jahres fand dort die bisher größte Demonstration in Europa für die Aufnahme von Geflüchteten und für offene Grenzen statt, an der bis zu einer halben Mio Menschen teilnahmen. UN-Hochkommissar für Flüchtlinge sagte nach einem Treffen mit Bürgermeistern aus der ganzen Welt:

“Cities are front-line players in dealing with refugees — UNHCR ready to step up its engagement with mayors around the world.”

Kennzeichnend:

- Lokal durch die Verwaltung ausgerufene SC
- Zentrale Figuren sind hier jeweils „linke Bürgermeister\_innen“ und deren humanistische Agenda als Reaktion auf den „langen Sommer der Migration“ 2015

#### Folie 38

Davon sind wir hierzulande noch ein gutes Stück entfernt, was uns nicht davon abhalten sollte, es uns zum Ziel zu setzen. Wie realistisch ist ein solches Vorhaben?

#### Folie 39

Werner Schiffauer, emeritierter Professor in Frankfurt/Oder, spricht in diesem Zusammenhang von der Willkommenskultur als einer neuen Bürgerbewegung und einem ‚Möglichkeitsfenster‘. Dem zugrunde liegt eine Recherche über 90 wegweisende Projekte mit Migrant\*innen, die sich seit dem Sommer 2015 aufgrund der steigenden Anzahl von Geflüchteten neu gebildet haben oder als bereits existierende Projekte neue Antworten auf die aktuellen Anforderungen entwickelt haben.

#### Folie 40

Das bezieht sich auf die mehr als 5 Millionen Menschen, die Refugees unterstützt haben. Viele von ihnen sind empört und frustriert aufgrund des Wechsels von der Willkommens- zur Abschiebekultur. Viele von ihnen werden die Arbeit für eine Solidarische Stadt unterstützen. Wir müssen versuchen, die Strömung guten Willens aufzugreifen.

#### Folie 41

Möglichkeitsfenster Solidarity City

#### Folie 42

Es gibt gute Traditionen. Vor zwanzig Jahren entstand im Rahmen der Documenta X in Kassel der Aufruf ‚Kein Mensch ist illegal‘, der zunächst von 30 und im Lauf der Zeit von bis zu 200 Gruppen und Organisationen aus dem antirassistischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Spektrum unterzeichnet wurde. Hier beispielhaft zwei Veröffentlichungen von KMII aus den Jahren 1999 und 2000, die sich für Bleiberecht und Papiere für alle einsetzen. Damals hatten in Frankreich die Kämpfe der Sans-Papiers das Problem der sog. Illegalen in die Öffentlichkeit gebracht.

#### Folie 43:

Seit den 1990er Jahren gibt es auch eine Tradition des Kirchenasyls, sowohl im katholischen wie im evangelischen Bereich. Im Jahre 2010 hat sich eine überkonfessionelle Initiative gebildet, um das Kirchenasyl zu fördern. In der Charta dieser Initiative heißt es:

„Wir verpflichten uns,

- alle Möglichkeiten zu nutzen, Flüchtlingen in Not zu helfen.
- dort, wo eine Abschiebung droht, und damit die Würde und das Leben von Menschen in Gefahr ist, Flüchtlinge in unseren Gemeinden aufzunehmen und zu schützen („sanctuary“, Kirchenasyl), bis eine annehmbare Losung für sie gefunden ist. Wir werden dort, wo dies notwendig wird, eine offene Auseinandersetzung mit den Regierenden nicht scheuen.

- die skandalösen Praktiken, mit denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas abgewehrt oder im Inland drangsaliert werden (Abschiebehaft, Diskriminierungen in nahezu allen Lebensbereichen), beharrlich in die Öffentlichkeit zu tragen, um die Gewissen zu scharfen.
- für eine an Menschenwürde und Menschenrechten orientierte Asyl- und Einwanderungspolitik einzutreten – von der lokalen bis zur europäischen Ebene.
- dazu beizutragen, dass Flüchtlinge sich in unserer Gesellschaft willkommen fühlen und an dieser gleichberechtigt teilhaben.
- für diese Selbstverpflichtungen und Ziele auch in unseren Kirchen und unter Mitchristen und Mitchristinnen zu werben.“

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden von Januar bis Ende Oktober 2017 1.270 Fälle von Kirchenasyl gemeldet, in denen jeweils mehrere Personen betroffen sein können. Im gleichen Zeitraum kamen 156.000 neue Asylsuchende nach Deutschland. Mitte November gab es laut Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche 348 Fälle von Kirchenasyl in Deutschland. Die Gemeinden boten dabei 531 Menschen Schutz, darunter 127 Kinder. Beim Großteil der Fälle – 305 – handelte es sich um sogenannte Dublin-Fälle, bei denen ein anderer EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist.

#### Folie 44

Die an sich hierarchische Ordnung von Bund, Land und Stadt ist je nach Nationalstaat ganz unterschiedlich geprägt und bietet daher den Städten unterschiedliche Spielräume im Umgang mit nationalstaatlichen Vorgaben der Migrationspolitik. Die juristischen Bedingungen hier unterscheiden sich von denen in den USA, z.B. weil Städte und Landkreise keine Polizeibefugnisse haben. Die Durchsetzung von de-facto-Zuständen wird deshalb wichtiger sein als juristische Positionen. Es gab im letzten Jahr zum Beispiel in Freiburg und in Münster Beschlüsse der Stadträte, Gruppen von Roma Schutz zu gewähren, auf zum Teil trickreiche Weise. Wir sehen in kleineren Städten mit eher links- oder grün-gesinnter Bevölkerung und mit einer Uni die besten Chancen für Solidarity Cities – also in kleineren Städten wie Freiburg, Göttingen, Osnabrück, Hanau usw. Bremen als Stadtstaat wäre ideal, weil dort die Polizeigewalt bei der Stadt liegt. In den großen Städten wird es vielleicht eher Solidarity Stadtteile geben, in Ottensen oder in Kreuzberg.

#### Folie 45

Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung bietet, so sagen es einige Jurist\*innen, Möglichkeiten, die noch gar nicht ganz ausgelotet sind.

#### Folie 46

Aber wir dürfen natürlich nicht bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts warten, bevor wir die ersten Solidarity Cities ins Leben rufen. Solidarity City stellt eine widerständige Praxis zur staatlichen Ordnung dar, ihre politische Sprengkraft liegt darin, dass sie die staatliche Souveränität in Frage stellt. Die allererste Voraussetzung für Solidarity Cities ist die Verhinderung von Abschiebungen. Das war in Phoenix und in Toronto der Fall, und so wird es auch hier sein.

#### Folie 47

Bürgerasyl: In mehreren Städten haben sich Initiativen gegründet, die öffentlich ihre Bereitschaft ankündigen, afghanische Geflüchtete vor der Abschiebung zu schützen. Flüchtlingen aus Afghanistan Bürgerasyl zu gewähren, das heißt, notfalls die Menschen, die in Krieg und Verfolgung zurückgeschickt werden sollen, in privaten Wohnungen zu verstecken.



#### Folie 48

Hier sind einige Punkte aufgelistet, an was wir denken müssten, wenn es um die Vorbereitung von Solidarity City geht. Vielleicht ist nicht alles ganz so harmonisch, wie es hier erscheint. Auch in Solidarity Cities werden Kapitalismus und Ausbeutung nicht verschwunden sein. Wenn von Jobs und Einkommen die Rede ist, müssen wir uns sofort und gleichzeitig Gedanken machen über den Schutz vor Überausbeutung. Wenn von Wohnungsvermittlung die Rede ist, müssen wir uns sofort und gleichzeitig Gedanken machen über die Verhinderung von Wuchermieten.

Ganz viel davon ist atmosphärischer Natur, es ist eine Fortsetzung der Willkommenskultur und es ist eine Summe kleiner und größerer Projekte, die sich vernetzen und im gegenseitigen Respekt arbeiten, von Bürgerinitiativen bis hin zu No Lager Aktivist\*innen.

Was viele Bürger\*innen schon an Willkommenskultur leisten, das könnte sich in einem Traum von Solidarity City bündeln und zu der Frage hin führen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Und diese Atmosphäre könnte auf die Funktionsträger der städtischen Verwaltungen und der Bürger\*innen übergreifen – von den freundlichen Beamt\*innen in der Ausländerbehörde, den Schulen und Krankenhäusern, potentiellen Arbeit- und Wohnungsgeber\*innen bis hin zu Kirchengemeinden, die Asyl bieten, Gewerkschafter\*innen, die Sans Papiers beraten und Aktivist\*innen, die Häuser instand besetzen, Kulturcafés machen und Abschiebungen verhindern.

Was erforderlich ist, ist nichts weniger als ein Kulturwandel. Ich stelle mir eine Art von Synergismus vor zwischen eher bürgerlichen Initiativen und den Aktivist\*innen, deren Aufgabe es sein würde, die Solidarity Cities von unten zu entwickeln. Am Ende eines solchen Prozesses hätten wir dann vielleicht den Beschluss des Stadtrats, vor allem aber hätten wir stabilere Strukturen an der Basis als heute. Vieles könnte sich so viel besser entwickeln, wenn die Kräfte nicht in den ständigen Auseinandersetzungen mit Polizei und Verwaltung gebunden sein würden ...

#### Folie 49

Auf dieser Folie ist eine mögliche Arbeitsteilung skizziert. Wir brauchen Bürgerinitiativen und Juristinnen, um die Stadtverwaltung zu überzeugen. Wir brauchen die Solidarity City, die sich aus Basisinitiativen entwickelt und die vor allen Dingen eins braucht: Toleranz. Und wir brauchen Unterstützung und Vernetzung über die Stadtgrenzen hinweg.

#### Folie 50

Dieses Bild zeigt ein „Tool“, das Aktivist\*innen aus Toronto empfohlen haben, um ein „mapping“ in den jeweiligen Städten durchzuführen. Ganz links sind die Aktiven, die Supporter, Leute wie wir selbst. Dann die passiven Unterstützer/\*innen, in der Mitte die Neutralen, und nach rechts die passiven und die aktiven Gegner. Entscheidend ist, die Konfrontation mit den aktiven Gegnern nicht zum Einzigsten zu machen, sondern möglichst viele Menschen aus der Neutralität zu Supportern zu machen.

#### Folie 51

In Bern gibt es eine Gruppe, die sich mit Urban Citizenship schon länger beschäftigt. Sie fordert City-IDs wie in New York und anderen Städten.

#### Folie 52

In Athen besetzen derzeit Hunderte von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern das City Plaza Hotel unter dem Motto: "Wir leben zusammen – solidarity will win." Die Gäste bezahlen nichts, sorgen aber gemeinsam für "gutes Essen, saubere Flure, eine Apotheke, einen Friseur sowie Sprachkurse, eine Bibliothek und Rechtsberatung". Sie überwinden – zumindest vorübergehend – die Unterschiede, die Grenzregime geschaffen haben.

#### Folie 53

We'll Come United

Folie 54

Netzwerk Solidarity Cities in der BRD

Folie 55

Initiativen für Solidarity Cities

Folie 56

inhaltliche Schwerpunkte an den jeweiligen Orten

Folie 57

Grafik aus Berlin, wo sich eine Gruppe seit 2015 mit dem Thema Solidarische Stadt beschäftigt [welche Gruppe?]

Folie 58

Hier sind die Forderungen aufgelistet, die sich dort in langen Diskussionen herauskristallisiert haben. Vielleicht ist das die Grundlage für eine Charta der Solidarity Cities?

Folie 59

Diskussionspunkte